

Umschlag 1 (siehe .psd-Datei)

Von Heiligen- zum Columbiadamm!

Jahr um Jahr treffen sich am sogenannten Volkstrauertag im November auf dem Berliner Garnisonsfriedhof am Columbiadamm im Bezirk Neukölln aktive Bundeswehr- und ehemalige Wehrmachtsangehörige, soldatische Traditionsverbände, Burschenschaftler, Vertriebenenverbände, Ritterkreuzträger, Familienangehörige, rechtskonservative PolitikerInnen sowie alte und neue

Inhalt

Wessen, wie und warum wird auf dem Friedhof am Columbiadamm gedacht?	3
Wer trifft sich? Bericht vom Volkstrauertag 2006	6
Burschenschaften und der „Volkstrauertag“	7
Traditionen sind kein Grund. Nieder mit dem Männerbund. Ein Redebeitrag zur Berliner Burschenschaft Gothia	8
Der „Herero-Stein“ auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm	10
Traditionspflege in der Bundeswehr	11
Kleine Anfrage zum Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr	16
„Ich erwarte von meiner Truppe Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS“: Kleine Anfrage zum Kommando Spezialkräfte und zur GSG 9	22
Eine Frage des Standorts: Die Bundeswehr braucht ein „Ehrenmal“ zur Stärkung der Kampfmoral	24
Interview zur gedenkpolitischen Recherchekundgebung am Columbiadamm 2006	26
Gestapo-Gefängnis und KZ Columbia (1933-1936)	30
Dokumentation: Gedenkpolitischer Recherche-Fragebogen von 2006	31

Nazis, um an den dortigen militäristischen „Heldendenkmälern“ den deutschen „Gefallenen“ der Weltkriege zu erinnern. Sie legen in der sonntäglichen Vormittagsruhe Kränze nieder, halten Trauerreden, veranstalten einen Gottesdienst, rühmen den „Heldentod“, stellen ihre Uniformen zur Schau und tragen sich in Anwesenheitslisten ein, denn nicht jedem ist die Teilnahme an diesem geschichtspolitischen Gedenkritual erlaubt – eine Voranmeldung beim Veranstalter, des *Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr*, wird erbeten. Denn man bleibt lieber unter sich...

Diese „völkische Trauergemeinschaft“ erhielt im November 2006 erstmals Besuch von einer Recherchekundgebung, die einen kritischen Blick auf diese traditionsstiftende Versammlung zu werfen bemüht war und auszuleuchten versuchte, wer auf dem Friedhof Columbiadamm eigentlich wem mit welchen Absichten gedenkt. Auf einem höchst wissenschaftlichen Fragebogen sollte festgehalten werden, was von dem aus polizeilichen Gründen etwas abseits postierten Recherchestützpunkt aus zu sehen und zu hören war. Da die Teilnahme für eine unvoreingenommene Öffentlichkeit nur zu erschwerten Bedingungen möglich war, werden in den kommenden Jahren weitere Observationen nötig sein, um diesen Ereignissen die eine oder andere weitere unangenehme Wahrheit abzutrotzen. Diese Broschüre soll der Vorbereitung und Vertiefung dieses Forschungsvorhabens dienen.

Die bei der letztjährigen Exkursion gehaltenen Redebeiträge sind in dieser Broschüre dokumentiert und teilweise ergänzt worden. Außerdem haben sich zwei engagierte Forscherinnen journalistischen Nachfragen gestellt und erläutern das fachliche Interesse am Columbiadamm und seinen volkstrauernden BesucherInnen. Zwei Kleine Anfragen an die Bundesregierung zum Themenkomplex „Bundeswehr und Traditionspflege“ sind ebenfalls auszugsweise wiedergegeben, sowie ein Beitrag, der sich mit der aktuellen Debatte um das „Ehrenmal“ für SoldatInnen der Bundeswehr im Bendlerblock befasst. Außerdem wird das ehemalige Konzentrationslager am Columbiadamm in einem kurzen Text vorgestellt.

Wenn nichts dazwischen kommt, sehen wir uns am 18. November 2007 pünktlich um 10 Uhr zur Fortsetzung unserer empirischen und ideologiekritischen Studien! Ach ja, die theoretischen Forschungsprämissen und praktischen Interventionsideen lauten auch in diesem Jahr bis auf Widerruf:

Nein zu Heldengedenken und Traditionspflege!

Gegen jeden Geschichtsrevisionismus!

Keine Ruhe den NS-Tätern!

Gedenkpolitisches Rechercheteam

Wessen, wie und warum wird auf dem Friedhof am Columbiadamm gedacht?

Mit dem im Folgenden dokumentierten Beitrag, der anlässlich der Gegenkundgebung zum „Volkstrauertag“ 2006 am Columbiadamm geschrieben wurde, soll zunächst kurz und knapp auf die Geschichte des „Volkstrauertags“ eingegangen, sowie etwas ausführlicher über die Topographie des Gedenkens auf dem alten Garnisonsfriedhof am Rande der Hasenheide in Berlin-Neukölln informiert werden.

Der „Volkstrauertag“ wurde in der Weimarer Republik als Gedenktag für die gefallenen deutschen Solda-

ten des Ersten Weltkriegs eingeführt. Die Nationalsozialisten legten diesen Tag als staatlichen Feiertag fest und nannten den Volkstrauertag in „Heldengedenktag“ um. Durchgeführt wurde der „Heldengedenktag“ von Wehrmacht und NSDAP. Statt des Totengedenkens stand nun die Heldenverehrung im Mittelpunkt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde 1948 die Tradition des „Volkstrauertags“ in der alten Form wieder aufgenommen. Zur formalen Abgrenzung vom „Heldengedenktag“ gab es eine zeitliche Verlegung in den Monat November. Der größte

Trägerverein für den „Volkstrauertag“ ist heute der *Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge*.

Die Geschichte des Friedhofs, heute vor allem als ältester islamischer Friedhof Deutschlands bekannt, führt zurück an den Beginn des 19. Jahrhunderts. Namensgeberin ist die preußische Berliner Garnison, deren Angehörige hier, neben dem Garnisons-Friedhof in Berlin-Mitte, bestattet wurden. Das Gelände schloss dabei an bereits existierende Begräbnisplätze aus den sogenannten Befreiungskriegen 1813-15 gegen



das napoleonische Frankreich an. Während des Nationalsozialismus wurde der Friedhof als „Heldenfriedhof in der Heimat“ verstanden, als eine „Gesamtanlage“ mit dem „Charakter eines Soldatenfriedhofs“, die den „Gedanken des Kriegers“ repräsentieren solle, wie der *Völkische Beobachter* 1937 schreibt.

„Wir starben für Deutschland auf das Deutschland lebe! So lasst uns leben in euch!“, so lautet die Inschrift des zentralen Kriegerdenkmals auf dem Friedhof Columbiadamm für ein Regiment des Ersten Weltkriegs. Das Denkmal stellt einen Soldaten unter einem Leichentuch dar, eine Hand ragt zur Faust geballt unter dem Tuch hervor, Helm und Schwert sind auf der Brust des Soldaten drapiert. Bis 1946 zierte die Rückseite ein lateinischer Spruch, dessen Übersetzung lautete: „Mag ein Rächer einst erstehen aus meinen Gebeinen“. Diese Inschrift wurde offenbar aus Angst vor Kon-

sequenzen nach dem Einmarsch der Alliierten heraus gemeißelt, ein Abriss des kompletten Denkmals sollte auf diese Weise verhindert werden. Von der Alliierten Kontrollbehörde wurde 1946 ein Befehl erlassen, der die Neuplanung aller Denkmäler

Unser Gedenken gilt den Opfern der Shoah und der nationalsozialistischen Massenmorde, unsere Empathie den Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik!

„welche der Erneuerung des Militarismus und der nazistischen Partei dienen oder militärische Episoden verherrlichen“ verbot bzw. eine Prüfung sowie gegebenenfalls die

Beseitigung der bereits vorhandenen befahl. Dies betraf auf dem Friedhof Columbiadamm allerdings lediglich ein 1936 in einer „echt soldatischen Veranstaltung“ eingeweihtes Denkmal für die Gefallenen der Jugendwehren des Ersten Weltkriegs.

Neben weiteren Kriegsdenkmälern, wie zum Beispiel einem großen Denkmal für die gefallenen Soldaten des deutsch-französischen Krieges, Denkmälern für die sogenannten deutschen Einigungskriege von 1864, 1866 und 1871 und einem Denkmal für die gefallenen österreichisch-ungarischen Soldaten des Ersten Weltkriegs, existieren auf dem Friedhof zahlreiche Orte, an denen Wehrmachtssoldaten des Zweiten Weltkriegs gedacht wird. So findet sich beispielsweise eine Gedenkplakette für „Fallschirmjäger 1939 bis 1945“, welche den „unvergessenen Kameraden der deutschen Wehrmacht zum Gedächtnis“ gewidmet ist. Eine weitere Statue in



der Gestalt eines knieenden Soldaten mit Fahne ist verschiedenen Divisionen der Wehrmacht sowie „Unseren Vätern, Söhnen, Enkeln und Erben“ gewidmet.

Im hinteren Teil des Friedhofs befindet sich ein Stein für die Soldaten des deutschen Afrika-Korps, die bei den antikolonialen „Unruhen“ in „Deutsch-Südwestafrika“ den Tod fanden. Dieser Stein wird ergänzt durch einen Gedenkstein für die im Zweiten Weltkrieg in Afrika Gefallenen.

Ihren symbolischen Ausdruck finden all diese Formen des Heldengedenkens in der heroischen und patriarchalen Gestaltung der Denkmäler, die einen Anspruch auf Macht und Dominanz demonstrieren. Eingebettet sind alle diese Gedenksteine in Grabfelder für Soldaten aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Diese Denkmäler stellen keine Stätten individueller Trauer dar, sondern sind Meilensteine einer fast 200jährigen Geschichte des deutschen Militarismus und der deutschen Nation, die sich durch diese Kriege herausgebildet und etabliert hat. Von den sogenannten Befreiungskriegen bis zu den Soldatengräbern des Zweiten Weltkrieges kennzeichnet der Friedhof alle wesentlichen Abschnitte deutscher Militärgeschichte. Es ist die Geschichte der Sieger, wenn Massaker an den Herero in den deutschen Kolonien zu „Unruhen“ umdefiniert werden, deren „Opfer“ deutsche Soldaten waren. Bei einer Niederlage werden ihre sogenannte „Ehrenhaftigkeit“ und „Opferbereitschaft“ gefeiert. Hier wird der konstruierte Opferstatus der Deutschen zementiert und gleichzeitig eine Fortführung des aggressiv-militaristischen Nationalismus angemahnt, dessen Tätern, Protagonisten und Teilnehmenden hier gedacht wird.



Für den Erhalt des Friedhofs ist der bereits erwähnte *Volksbund für deutsche Kriegsgräberfürsorge* zuständig. Dessen Gedenken gilt den „Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft“. Dieses Anliegen ist mittlerweile im Mainstream der deutschen Erinnerungskultur angekommen. Deutsche TäterInnen werden mit der allumfassenden Chiffre der „Opfer von Krieg und Gewalt“ als gleichberechtigte Opfer wahrgenommen, wie zum Beispiel an der „Neuen Wache“ im Zentrum Berlins. Damit soll

sich der eindeutigen Verantwortung für die Verbrechen der Deutschen im Nationalsozialismus entledigt werden.

Unser Gedenken gilt den Opfern der Shoah und der nationalsozialistischen Massenmorde, unsere Empathie den Überlebenden der deutschen Vernichtungspolitik!

**Gruppe Subcutan,
Redebeitrag November 2006**

Wer trifft sich? Bericht vom Volkstrauertag 2006 am Friedhof Columbiadamm

Zu den knapp 200 BesucherInnen der Gedenkveranstaltung zählten mehrere DVU, REP- und NPD-VertreterInnen sowie Angehörige der Berliner Kameradschaftsszene. Unter anderem waren der Berliner DVU-Funktionär Sascha Kari und der parlamentarische Geschäftsführer der Brandenburger DVU-Landtagsfraktion, Sigmar-Peter Schuldt anwesend. Ebenso mehrere NPD-Abgeordnete aus Berliner Bezirksversammlungen. Unter den

angereisten Faschisten befand sich außerdem der Nazi-Liedermacher Jörg Hähnel aus Frankfurt/Oder.

Die Kränze von rechtsextremen Vereinigungen wie dem *Stahlhelm*, der Berliner Burschenschaft *Gothia*, des *Bundes der Mitteldeutschen* sowie des *Bundes der Vertriebenen* teilten sich den Platz mit dem *Reservistenverband der Bundeswehr*, dem *Bund der Fallschirmjäger* und dem *Deut-*

schen Marinebund und dem Neuköllner Bezirksverband der FDP.

Ein Vertreter des Reservistenverbandes begrüßte darüber hinaus die Teilnahme militärischer Traditionsgemeinschaften, darunter die *Ordensgemeinschaft deutscher Ritterkreuzträger* und die *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der früheren Waffen-SS* (HIAG).



„Jeder darf hier Kränze und Blumen ablegen“.

Burschenschaften und der „Volkstrauertag“

Die Geschichte des „Volkstrauertags“ ist eng mit der Geschichte der Burschenschaften verbunden

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs meldeten sich viele Burschenschaftler freiwillig bei der Armee, etwa 3.500 starben für das „Vaterland“. Nach dem Krieg sammelte sich ein Teil der fronterfahrenen Studenten in paramilitärischen Verbänden wie den Freikorps oder versuchten anderweitig, Restriktionen der Versailler Verträge entgegenzutreten. Einen Höhepunkt fanden diese Aktivitäten 1920 beim „Kapp-Putsch“, in dessen Zuge die von

den Parteien SPD, Zentrum und DDP getragene Weimarer Regierung beinahe gestürzt wurde.

In dieser Zeit wurde der „Volkstrauertag“ als ein Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs eingeführt und 1922 die erste Gedenkstunde im Reichstag abgehalten. Hier wurden Fahnen der Berliner Regimenter neben denen studentischer Korporationen

geschwenkt. Das Volkstrauertags-Gedenken war somit von Beginn an ein militärisches, unterstrichen vom gemeinsamen Fahnenmeer der Burschenschaften, des Militärs und der Politik. Es hielt die Erinnerung an Kaiserreich und Armee wach und stand in einem antidemokratischen Kontext, der sich bewusst gegen Weimarer Republik und Alliierte richtete. (weiter auf S. 8)



„Jeder darf hier Kränze und Blumen ablegen“.

Es diente auch der Selbstdarstellung der Burschenschaften, deren paramilitärische Verbände den neu gewonnenen Gedenktag zum Anlass nahmen, „Kampfspiele der Deutschen Burschenschaft“ zu veranstalten oder die *Akademische-Flieger-Abteilung Deutscher Burschenschafter e. V.* zu gründen. Der „Volkstrauertag“ avancierte zunehmend zu einem zentralen Ereignis, an dem Nationalismus und Militarismus verbunden, das eigene Heldentum verklärt und ein gemeinsames Leid heraufbeschworen werden konnte.

„Heldengedenken“

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Name des Gedenktags mit dem „Gesetz über die Feiertage“ vom 27. Februar 1934 in „Heldengedenktag“ geändert. Im Mittelpunkt sollte nicht mehr das Totengedenken stehen, sondern die Heldenverehrung der gefallenen Soldaten und die Anerkennung ihrer vermeintlichen

„Leistungen“ im Kampf. Auch der Gedanke der „Volksgemeinschaft“ wurde aufgegriffen, da „sie starben, auf das Deutschland lebe“, wie an dem zentralen Gedenkstein auf dem Garnisonsfriedhof am Columbiadamm zu lesen ist. So wurde dem ehemaligen „Volkstrauertag“ eine wichtige Funktion in der nationalsozialistischen Öffentlichkeit zuteil. Durch die Verherrlichung des Kriegs im Heldengedenken wurde nationalistisches und militaristisches Gedankengut in der Bevölkerung verankert und einer gesellschaftlichen Legitimation nationalsozialistischer Kriegsvorhaben der Weg bereitet.

Geschichtsrevisionistisches Gedenken heute

Alljährlich treffen sich bundesweit am „Volkstrauertag“ Angehörige der Kriegsgeneration und der Armeen, Burschenschaftler, Alt- und Neonazis sowie Politiker der demokratischen Parteien zum Gedenken in

zahlreichen Städten und Gemeinden. Bei diesen Veranstaltungen werden Täter zu „Helden“ und „Opfern“ stilisiert. Die unreflektierte Wahrnehmung der Wehrmacht wird durch eine solche Veranstaltung verstärkt, der positive Bezug zum Nationalsozialismus schlicht ausgeblendet. So können auch Burschenschaften ihrer „alten Herren“ und der anderen Gefallenen gedenken, ohne dass deren Verbrechen beispielsweise auf dem Balkan, in der Ukraine, Polen oder der ehemaligen Sowjetunion ins Gewicht fallen.

Der „Volkstrauertag“ bildet auch heute noch für Burschenschaftler einen passenden Anlass, „volksnahen“ Patriotismus nach außen zu zeigen und einen Teil der deutschen Geschichte nach ihrem Belieben zu relativieren.

*Hummel Antifa HU Berlin,
Redebeitrag November 2006*



Traditionen sind kein Grund. Nieder mit dem Männerbund.

Ein Redebeitrag zur Berliner Burschenschaft Gothia

Neben bekannten rechtsextremen Einzelpersonen, Parteien und Vereinen wie der *NPD* oder der *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* nimmt auch die Berliner Burschenschaft *Gothia* an der Kranzniederlegung für die „gefallenen Soldaten aller Waffengattungen“ am Columbiadamm teil. Deswegen soll an dieser Stelle ein paar Worte über sie verloren werden.

Die Burschenschaft *Gothia* ist höchstwahrscheinlich die aktivste studentische Korporation in Berlin. Sie übt das studentische Fechten aus und steht einzig männlichen Studenten offen. Bedingung für die Aufnahme in die *Gothia* ist, dass der Grundwehrdienst ihrer Mitglieder in der Bundeswehr, im Österreichischen oder im Schweizer Heer abgeleistet wurde. Der Ausschluss von Frauen ist ein Ausdruck des ausgeprägten Sexismus im Verbindungswesen, dessen Grundlage die Vorstellung männlicher Dominanz und weiblicher Unterordnung ist. Die Stellung von Frauen beschränkt sich vornehmlich auf die der „Couleur dame“, welche bei öffentlichen Veranstaltungen nicht fehlen darf. Hier sind sie schmückendes Beiwerk und dankbares Publikum für die versammelte „ritterliche Männlichkeit“.

Die *Gothia* machte bereits in der Vergangenheit durch ihre kontinuierliche Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Zeitung „Junge Freiheit“ sowie mit diversen Veranstaltungen auf sich aufmerksam,

u.a. sprach Horst Mahler für die *Gothia* über „Den Lebenskampf dieses Volkes“. Die *Gothia* versteht sich als dezidiert politisch und hält ihre Aktivisten ausdrücklich zu politischer Bildung und Aktivität an. Als Ziele dieser Politik benennt sie ein vermeintliches „Recht jedes Volksteils auf seine Heimat“. Hierbei sind vor allem die sogenannten Heimat-Vertriebenen gemeint, jenem organisierten Teil der nach 1945 in die BRD und die DDR umgesiedelten Deutschen. Diese waren einst die Hauptstütze des Nationalsozialismus außerhalb Deutschlands und sind heute maßgebliche Triebkräfte revisionistischer Tendenzen in der deutschen Politik. Die Burschenschaft *Gothia* unterstützt diese „Vertriebenen“ im „Namen des deutschen Volkes“, denn Deutschland ist nach ihrer Auffassung überall dort, wo Deutsche wohnen. Sie stellen damit Ansprüche auf Gebiete in Österreich, Polen, Tschechien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Italien und Russland.

Mit dieser Haltung stellt die *Gothia* eine äußerst radikale Zuspitzung der Politik und Grundhaltungen des Dachverbandes „Deutsche Burschenschaft“ dar. Hier sind neben der *Gothia* mehr als 120 Korporationen aus Deutschland und Österreich zusammengeschlossen, die sich ausdrücklich zum Einsatz für ein deutsches Vaterland bereit erklären und Werten wie Tradition und Ehre den Vorrang vor Individualität und persönlicher Verantwortung geben.

Diese rechtsextremen Denkmuster werden von der Schülerverbindung *Iuvenis Gothia* noch weiter verschärft. Sie kann als eine Vorfeldorganisation der Burschenschaft *Gothia* in Gymnasien angesehen werden. Die *Iuvenis Gothia* tagt auf dem Berliner Haus der Gothia, dem sogenannten Gothenhaus, und wird von dieser unterstützt. Ein großer Teil der zu Schulzeiten dort Aktiven tritt während des Studiums in die große *Gothia* ein.

Bei der Burschenschaft *Gothia* und ihrer Schülerverbindung *Iuvenis* handelt es sich um explizit rechtsextreme Korporationen. Neben der Erziehung der Aktiven zu unbedingtem Gehorsam und Autoritätshörigkeit verbindet sie vor allem die Idee eines deutschen Volkes, welches um jeden Preis vereinigt werden müsse. Die Aktiven bilden sich zu überzeugten Nationalisten aus - und das mit besten Verbindungen zu Mitgliedern von Bundes-, Landes- und Kommunalparlamenten, Unternehmerverbänden sowie Professoren der Universitäten. Oft genug kommen Angehörige der *Gothia* nach dem Studium selbst in solchen Positionen unter, womit sich der Kreis schließt.

Es also kein Zufall, dass sich die *Gothia* unter den „Trauernden“ am Columbiadamm befindet, sondern Teil einer bedauerlichen und bekämpfenswerten Realität!

**Redebeitrag Antifa TU,
November 2006**

Der „Herero-Stein“ auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm

Auf dem Garnisonsfriedhof wird nicht nur NS-Tätern als Helden gedacht, dort befindet sich auch ein Gedenkstein mit kolonialgeschichtlichen Bezügen. Dieser Granitfindling aus dem Jahr 1907 trägt die Inschrift: „Von 41 Angehörigen des Regiments die in der Zeit von Januar 1904 bis zum März 1907 am Feldzuge in Südwestafrika freiwillig teilnahmen, starben den Heldentod (dann folgen sieben Namen). Das Offizierskorps ehrt mit diesem Stein das Andenken der Helden.“

Der Gedenkstein stand ursprünglich auf einem heute nicht mehr existenten Kasernengelände in der Urbanstraße in Kreuzberg. 1973 ließ die *Afrika-Kameradschaft Berlin* den Findling restaurieren und veranlasste seinen Umzug auf den Garnisonsfriedhof. Ergänzend wurde ein weiterer Gedenkstein errichtet. Auf ihm stand: „Den in Afrika gefallenen deutschen Soldaten zum ehrenden Gedenken.“ Das Gedenken bezog sich damit nicht mehr nur ausschließlich auf die deutschen Soldaten im Krieg gegen den antikononialen Aufstand der Herero, sondern wurde auch auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg ausgedehnt. Anlässlich der Feiern zum 50jährigen Bestehen der Bundeswehr im Jahr 2005 wurde dieser zusätzliche Stein von antimilitaristischen Gruppen entführt.

Zum geschichtlichen Hintergrund: Am 12. Januar 1904 begann der Aufstand der Herero gegen die deutschen Kolonialherren- und Frauen in Deutsch-Südwestafrika. Diese beantworteten den Aufstand mit einem grausamen Vernichtungsfeldzug,

in dessen Folge über 80 000 Herero und Nama ermordet wurden. Dieser Krieg wird von der europäischen Geschichtsschreibung mittlerweile zumeist als Völkermord bezeichnet, sein Ende in das Jahr 1907 gelegt. Die deutsche Kolonialherrschaft dauerte allerdings bis 1915 an und bedeutete eine fortwirkende Gewalt gegen die nicht-deutsche Bevölkerung. Für die Opfer gibt es in ganz Berlin bisher kein öffentliches Denkmal, keine offizielle Erinnerung.

Es ist ein Skandal, dass noch immer unkommentiert und ungestört den TäterInnen gedacht wird, während die Opfer der Deutschen Kolonialgewalt keine Erwähnung finden.

Bis heute hat die deutsche Regierung keine Verantwortung für die Kolonialverbrechen des Deutschen Reiches übernommen. Zwar erklärte die Ministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heide-Marie Wieczorek-Zeul (SPD)



Zwar hat der Senat auf Initiative des Trägerkreises „Erinnern - Deutsche Kolonialgeschichte aufarbeiten“ dieses Jahr eine Gedenktafel neben den Stein gestellt. Diese ist aber, wie schon eine provisorische Gedenktafel im Jahr 2004, kurze Zeit später von Unbekannten entwendet worden.

bei der Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag des Krieges zwischen den Herero und den deutschen Kolonialtruppen in Namibia: „Die damaligen Gräueltaten waren das, was heute als Völkermord bezeichnet werden würde.“ Doch eine völkerrechtliche Verantwortung und Entschädigungszahlungen lehnte sie im Einklang mit der damaligen rot-

grünen Bundesregierung weiterhin ab.

Wir fordern die Entfernung dieses kolonialverherrlichenden Denkmals!

Wir fordern stattdessen eine Anerkennung und Aufarbeitung der deutschen Verbrechen in Afrika, im

Pazifik und in Asien. Wir fordern darüber hinaus Entschädigungszahlungen für die deutschen Kolonialverbrechen im heutigen Togo, Ghana, Kamerun, Tansania, Ruanda, Burundi, Mocambique, Namibia, Botswana, Kenia, Nigeria, Tschad, in der Zentralafrikanischen Republik, Republik Kongo, Gabun, Papua-

Neuguinea, Samoa, den Salomonen, den Marianen, den Marshallinseln, Palau, Mikronesien, Nauru und in China!

*Redebeitrag der Critical Whiteness
AG der Antirassistischen Initiative,
November 2006*

Traditionspflege in der Bundeswehr

Dieser Beitrag ist in zwei Teile gegliedert: Zunächst einige Anmerkungen zum „Mythos Wehrmacht“ innerhalb der bundesdeutschen Gesellschaft, im Anschluss folgt ein Überblick über das Traditionsverständnis innerhalb der Bundeswehr. Es ist eine um Quellen ergänzte und überarbeitete Version des gehaltenen Redebeitrags.

„Mythos Wehrmacht“

Schon während des Zweiten Weltkriegs betrieben Einheiten der Wehrmacht eine massive Spurenverwischung ihrer Kriegsverbrechen. Bereits der militärische Jargon verschleierte Hinrichtungen und Massaker durch die Bezeichnung der Ermordeten als „Partisanen“ oder „Flintenweiber“. Verbrechen Befehle waren oftmals nur mündlich weitergegeben worden, um spätere Nachweise zu erschweren. Das Näherrücken der Roten Armee führte zu Leichenverbrennungen in den Massengräbern, um die offensichtlichsten Beweise der Wehrmachtsverbrechen zu vernichten. Den Grundstein für den „Mythos Wehrmacht“ legte Hitlers Nachfolger als Staatsoberhaupt Karl Dönitz.

Zur Kapitulation am 9. Mai 1945 erklärte er, nun sei „das fast sechsjährige, heldenhafte Ringen zu Ende“.¹ Es habe den Deutschen große Siege und schwere Niederlagen gebracht, am Ende sei man einer gewaltigen Übermacht „ehrentvoll unterlegen“. Der einzelne Soldat könne die Waffe „aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes“, denn:

„Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergessliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt. Die einmalige Leistung von Heimat und Front wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.“²

Damit gab Dönitz die Stichworte für die Durchsetzung der „Legende von der sauberen Wehrmacht“ vor. Sie bestimmten die Verteidigungsstrategie in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945.³ Diese galten den meisten Deutschen als Aus-

druck einer alliierten „Siegerjustiz“. Gegen die Prozesse formierte sich besonders im Hinblick auf beschuldigte Wehrmachtsangehörige eine aggressive Abwehr.

Im Herbst 1945 legten einige NS-Generäle in einer Denkschrift die Grundlagen für eine Strategie zur Freisprechung der Wehrmacht, um der in Nürnberg angeklagten Militärführung Rückendeckung zu geben. Die „Himmeroder Denkschrift“, die als „Magna Charta der deutschen Wiederbewaffnung“ gilt, griff diese Absicht auf und forderte - als Gegenleistung für einen Beitrag zum westlichen Bündnis - die Freilassung der verurteilten Militärs.⁴

Bundeskanzler Adenauer gab 1951 eine „Ehrenerklärung“ zugunsten aller Soldaten ab, „die sich nichts hatten zuschulden kommen lassen.“⁵ Mit administrativen Maßnahmen und Gesetzen wurde in den ersten Jahren der Bundesrepublik die Integration der Täter abgeschlossen und das Bild von der „sauberen Wehrmacht“ durchgesetzt. Daran wirkten beschönigende „Lebenserinnerungen“ ranghoher NS-Militärs ebenso mit wie eine Flut trivialer

und revanchistischer Publikationen, darunter die bis heute verlegten „Landser“-Heftchen.

Obwohl das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) der Bundeswehr seit den 1970er Jahren in der Erforschung der verbrecherischen Dimension der Wehrmacht zu eindeutigen Erkenntnissen kam, stellte erst die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ 1995 die Legendenbildung radikal infrage. Waren früher vorgelegte Ergebnisse vornehmlich Expertenwissen geblieben, wurde die öffentlichkeitswirksame „Wehrmachtsausstellung“ als Generalangriff auf die bisherige Deutung verstanden. Entsprechend feindselig reagierte die Bundeswehr: Auf Anweisung sollten Offiziere nicht als Referenten oder Diskussionspartner am Rahmenprogramm teilnehmen. Viele Soldatenverbände beteiligten sich im Bündnis mit Teilen der CDU/CSU, NPD und rechtsextremen Gruppen an den Angriffen gegen die Ausstellung. Der Bundestag sprach aus Anlass der Ausstellung 1997 die meisten Soldaten vom Vorwurf der Beteiligung an Kriegsverbrechen frei.⁶

Traditionsverständnisse der Bundeswehr

Nicht erst seit der Gründung der Bundeswehr 1955 standen sich im Wesentlichen zwei konträre Auffassungen über mögliche Traditionsbindungen gegenüber: Schon in den geheimen Vorbereitungen zur Wiederbewaffnung ab 1950 beabsichtigten die „Reformer“ einen Bruch mit dem Militarismus und entwarfen das Konzept der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“. Dagegen hielten die „Traditionalisten“ an der Vorstellung des Soldaten *sui generis* fest, dem Beruf des Soldaten als einem besonderen „Stand“. Obwohl manche Vorschläge der Reformer in

das offizielle Bild der Bundeswehr eingegangen sind, setzten sich die Traditionalisten weitgehend durch. Mit dem 12.11.1955 wurde der 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Scharnhorst zum Gründungstag der Bundeswehr bestimmt, um den reformerischen Geist der Gründung zu betonen. Der Begriff

Bundeswehrangehörige beteiligen sich ebenso selbstverständlich an der Gedenkfeier im Bendlerblock wie an Ehrenzeremonien vor Kriegerdenkmälern aus der NS-Zeit – so wie Jahr um Jahr auch auf dem Friedhof Columbiadamm zu beobachten.

der „Inneren Führung“ suggerierte einen Neuanfang, der sich alter militaristischer Leitbilder entledigen sollte. Die Traditionalisten stimmten dieser Rhetorik zu, um einer Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Wehrmacht zu entgehen. Sie errichteten unterhalb dieser Oberfläche eine restaurative Struktur. Ihnen kam zugute, dass Verteidigungsminister Strauß – ein erklärter Gegner des „Inneren Gewürges“⁷ – der Bundeswehr bei der Personalpolitik und der Namenswahl freie Hand ließ. So konnte die Wehrmacht zum Vorbild der Bundeswehr-Konzeption werden, denn nach Himmerod sollte, wo immer es möglich war, „an das politisch-militärische Konzept der Wehrmacht und Reichswehr angeknüpft werden.“⁸ Die personale Kontinuität zur Wehrmacht ließ ohnehin Traditionsbezüge unterhalb der offiziellen Ebene als selbstverständlich erscheinen. Soldatische Traditionsverbände, davon viele rechtsextrem, wurden wieder zugelassen, faschistisches Liedgut konnte bis in die Gesangsbücher

vordringen. Für einen großen Teil der Kasernen wurde entweder auf Hitlers Traditionsoffensive⁹ von 1937/38 oder auf die Namen gefallener Wehrmachtsoffiziere zurückgegriffen. Verbindendes Glied waren dabei die „zeitlosen soldatischen Tugenden“.

Der Traditionsbildung einen Rahmen setzte der „Traditionserlass“ von 1965, der Bezüge zur Wehrmacht zuließ, aber auch aus dem Militär stammende Gegner Hitlers zur Traditionsbildung empfahl. Nun wurden vereinzelt Kasernen nach Mitgliedern des 20. Juli benannt, das Gros der Einrichtungen erhielt aber weiterhin Namen von Wehrmachtsgenerälen.

Erst die sozialliberale Regierung ab 1969 brachte die Traditionalisten zeitweise in die Defensive. Gegen autoritär-militaristische Vorstellungen einiger Bundeswehrspitzen, die in der Forderung gipfelten, Militär und Gesellschaft müssten sich einer Restauration „an Haupt und Gliedern“ unterziehen, wurden innere Reformen durchgesetzt. Die Traditionalisten wandten sich gegen die Bundeswehrreform organisierten ihre Verschleppung und erklärten gegenüber Plänen zur Öffnung der Bundeswehr zur Gesellschaft: „In dieser Form ist ‚Demokratisierung der Armee‘ nicht nur unangebracht, sondern schädlich.“

1982 setzte die SPD neue Richtlinien in Kraft, die zumindest der Traditionsfähigkeit der Wehrmacht eine Absage erteilten. Darin heißt es u. a.:

„Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos mißbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.“¹⁰

Dieser Erlass entfachte einen Sturm der Entrüstung der Traditionsverbände, obschon auch er Interpretationsräume ließ.¹¹ Nach dem politischen Machtwechsel 1982/83 erhielten die Traditionalisten neuen Auftrieb. Im Sinne der proklamierten „geistig-moralischen Wende“ sollte der „Wertpluralismus“ zurückgedrängt und die „Wehr-Motivation“ der Bundeswehr gesteigert werden:

„Ziel der Bundeswehrführung war es, die gesellschaftlichen Einflüsse zugunsten der korporativen Geschlossenheit im Militär zurückzudrängen, um damit das neue einigende Band, die ‚Kampf-motivation‘, eine motivationale Kohäsion der Gemeinschaft der Truppe zu begründen – wie es sie damals in der Wehrmacht gegeben hatte.“¹²

Die gerade erst erlassenen Traditionsrichtlinien wurden weitgehend neutralisiert und blieben ohne durchschlagende Wirkung auf die wehrmachtsorientierte Traditionspflege.

Das Bekanntwerden rechtsextremer Einstellungen bei Soldaten änderten daran, ebenso wie die Skandale um Äußerungen hoher Militärs oder das Engagement der Friedensbewegung, wenig. 1995 formulierte Verteidigungsminister Rühle (CDU) einen neuen Kompromiss:

„Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen. (...) Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein.“¹³

Vor dem Regierungswechsel 1998 hatten führende SPD-Politiker versprochen, den fragwürdigen Umgang der Bundeswehr nicht weiter hinzunehmen und dort Umbenennungen vorzunehmen, wo der Traditionserlass nicht beachtet werde. 1999 hieß es, dass alle Kasernen, die Namen von NS-Generälen tragen, umbenannt würden. Tatsächlich passiert ist wenig.¹⁴

Mit der schrittweisen Neuausrichtung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe drängte sie verstärkt in den öffentlichen Raum oder wurde zu neuen Traditionsstiftungszeremonien gebeten. Besonders in Berlin, dessen westlicher Teil bis 1990 eine Sperrzone für deutsches Militär gewesen war, begann die Bundeswehr, in Form öffentlicher Rekrutengelöbnisse ihre neue Rolle zu behaupten.¹⁵



1996 und 1998 konnten die Gelöbnisse nur gegen vehemente öffentliche Proteste durchgesetzt werden. Ab 1999 nahm die rotgrüne Regierung eine Neujustierung vor: Fortan sollte die Bundeswehr am 20. Juli im Bendlerblock geloben, der Bezug auf den Umsturzversuch von 1944 wurde zur zentralen Sinnstiftung erklärt.

„Erst mit der Traditionsoffensive seit Mitte der 1990er Jahre ist in dieser Hinsicht ein Wandel zu beobachten, der sich in den Militär Ritualen der neuen Hauptstadt zu einer neuen Traditionsbegründung verdichtet. Im

Mittelpunkt dieser neuen Variante der Geschichtsbeugung steht wiederum der militärische Widerstand gegen Hitler - symbolisch für diesen Widerstand wird die Hinrichtung Claus Schenk Graf von Stauffenbergs am 20. Juli 1944 im Bendlerblock zitiert.“¹⁶

Der hier hergestellte Traditionsbezug soll der Bundeswehr eine „antifaschistische“ Legitimation verleihen, sie wird im Zusammenhang der Militärisierung der Außenpolitik als „Menschenrechts- und Friedensarmee“ inszeniert. Die Installation

dieser „Widerstandstradition“ zielt vor allem auf die Außenwirkung der Armee.

Der Traditionsbezug auf die Wehrmacht wird durch derlei Gedenkosmetik nicht beeinträchtigt: Bundeswehrangehörige beteiligen sich ebenso selbstverständlich an der Gedenkfeier im Bendlerblock wie an Ehrenzeremonien vor Kriegerdenkmälern aus der NS-Zeit – so wie Jahr um Jahr auch auf dem Friedhof Columbiadamm zu beobachten.

Gruppe Subcutan

Anmerkungen:

¹ Zitiert nach: Wette, Wolfram: Die Wehrmacht. Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Frankfurt/Main 2005, S. 204.

² Ebd.

³ Zu den Kriegsverbrecherprozessen vgl. ebd., S. 207ff. Wette weist auf den Umstand hin, dass die Beteiligung der Wehrmacht an der Judenvernichtung in den Prozessen gegen die Militärelite nicht thematisiert wurde.

⁴ Im Kloster Himmerod versammelten sich 1950 im geheimen Auftrag des Kanzleramts ausgesuchte Angehörige der Militärelite des Dritten Reiches, um die Aufstellung neuer Streitkräfte vorzubereiten. Vgl. dazu Bald, Detlef: Kämpfe um die Dominanz des Militärischen, in: Bald/Klotz/Wette: Mythos Wehrmacht, Berlin 2001, S. 17-65, hier S. 19ff.

⁵ Wette, Die Wehrmacht (wie Anm.1), S. 232ff.

⁶ Im Beschluss der CDU/CSU-FDP-Mehrheit heißt es u.a.: „Das nationalsozialistische Regime hat zahllose und schwerste Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten. An solchen Kriegsverbrechen waren auch Teile der Wehrmacht beteiligt. Für die meisten Soldaten der Wehrmacht sind solche Vorwürfe jedoch nicht begründet. Diese Feststellung ist das Gebot historischer Wahrheit wie Gerechtigkeit - verbunden mit dem Respekt und dem Mitgefühl für die zahllosen Opfer des Zweiten Weltkrieges und ihrer Angehörigen sowie der Würdigung des Widerstandes innerhalb der Wehrmacht gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime. (...) Der Deutsche Bundestag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen jede einseitige oder pauschale Verurteilung

der Angehörigen der Wehrmacht.“ Vgl. Deutscher Bundestag: Drucksache 13/7162 vom 11.03.1997.

⁷ Mit diesem Ausdruck verunglimpfte Strauß das Konzept der „Inneren Führung“.

⁸ Bald: Kämpfe um die Dominanz (wie Anm. 4), S. 25.

⁹ Von den knapp 200 Namen von Schlachten und „Helden“ des Ersten Weltkriegs und der Kolonialzeit wurden ab 1956 ca. 70 übernommen. Vgl. dazu Knab, Jakob: Falsche Glorie. Das Traditionsverständnis der Bundeswehr, Berlin 1995, S. 54ff.

¹⁰ Bundesminister der Verteidigung Hans Apel: Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege in der Bundeswehr, Bonn 1982, als Download unter www.kampagne.de/media/pdf/Traditionserlass_Bw_1982.pdf (10.01.2006).

¹¹ Die Richtlinien sahen eine Differenzierung zwischen Traditionen und Brauchtum vor, die es ermöglichte, an vordemokratischen Ritualen festzuhalten: „Viele Formen, Sitten und Gepflogenheiten des Truppenalltags sind nicht Tradition, sondern militärisches Brauchtum. Es handelt sich um Gewohnheiten und Förmlichkeiten, wie sie in jeder großen gesellschaftlichen Einrichtung anzutreffen sind. Meist haben sie sich vor langer Zeit herausgebildet. Ihr ursprünglicher Sinn ist oft in Vergessenheit geraten, der Bedeutungszusammenhang zerfallen. Formen, Sitten und Gepflogenheiten tragen jedoch zur Verhaltenssicherheit im Umgang miteinander bei. Nicht jede Einzelheit militärischen Brauchtums, das sich aus früheren Zeiten herleitet, muß demokratisch legitimiert sein. Militärisches Brauchtum darf aber den vom Grundgesetz vorgegebenen Werten und Normen nicht entgegenstehen.“ Vgl. ebd.

¹² Bald: Kämpfe um die Dominanz (wie Anm. 4), S. 53.

¹³ Zitiert nach Vogel, Winfried: Kriegsverbrechen der Wehrmacht und die Bundeswehr, S. 539.

¹⁴ Auf die Aufforderung von Verteidigungsminister Scharping (SPD) an Bundeswehreinheiten, von sich aus Vorschläge zur Umbenennung von historisch belasteten Namen zu unterbreiten, ging kein einziger Vorschlag ein. Vgl. Knab, Jakob: Traditionspflege ist Geschichtspolitik, in: Dossier 41: 4 Jahre Rot-Grün, Wissenschaft & Frieden 3/2002, unter www.iwif.de/wf302-96.htm (02.02.2006). Eine Liste von nach Wehrmachtssoldaten benannten Kasernen unter www.kampagne.de/Themen/Tradition/Bw/Kasernennamen.php (02.02.2006).

¹⁵ Vgl. dazu: „Kollektive Identitätsstiftung, Ausblendung sozialer Konflikte und Herstellung politischer Handlungseinheit - dies sind die zentralen Momente der nationalen Geschichtskonstruktion, wie sie im Rahmen der öffentlichen Rekrutengelöbnisse von Militärs und PolitikerInnen intensiv betrieben wird.“ In: Euskirchen, Markus: Militär Rituale. Die Ästhetik der Staatsgewalt, Kritik und Analyse eines Herrschaftsinstruments in seinem historisch-systematischen Kontext, Dissertation FU Berlin, Berlin 2004, als Download unter www.diss.fu-berlin.de/2004/109/indexe.html (01.02.2006), S. 143.

¹⁶ Ebd., S. 144.



Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und sein Verhältnis zu rechtsextremistischen Organisationen

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 19. November 2006 fanden bundesweit Gedenkveranstaltungen anlässlich des Volkstrauertages statt. An zahlreichen Orten waren dabei auch Vertreter der Bundeswehr sowie des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRDBw) beteiligt. Die Veranstaltung auf dem Berliner Garnisonsfriedhof am Columbiadamm wurde von der Sektion Berlin des VdRDBw organisiert. Zu den knapp 200 Besuchern der Veranstaltung gehörten neben uniformierten Reservisten und Soldaten auch zahlreiche Vertreter der neofaschistischen Parteien DVU und NPD sowie Angehörige der Kameradschaftsszene. Unter anderem waren der Berliner DVU-Funktionär S. K., der NPD-Aktivist J. H. sowie der parlamentarische Geschäftsführer der DVU-Landtagsfraktion Brandenburg, S.-P. Sch., anwesend. Der

Letztgenannte trug sich mit vollem Namen und Funktionsangaben in die Anwesenheitsliste ein, so dass die Veranstalter von seiner Anwesenheit gewusst haben müssen.



Die neofaschistischen Parteien DVU und NPD legten mehrere Kränze direkt neben Kränzen des VdRDBw ab. Hinzu kam ein Kranz des „Stahlhelms“, einer weiteren rechtsextre-

mistischer Organisation, die nach Angaben der Bundesregierung „insbesondere von nationalistisch-völkischem, antisemitischem und revisionistischem Gedankengut geprägt ist“ (Bundestagsdrucksache 14/1480). Außerdem legten auch mehrere Gliederungen des Bundes der Vertriebenen Kränze nieder.

Trotz dieser unübersehbaren rechtsextremistischen Präsenz hat der VdRDBw keine Maßnahmen getroffen, um sich von den Rechtsextremisten zu distanzieren. In Gesprächen mit Pressevertretern betonte der zuständige Oberstleutnant a. D. A. B. zwar, er habe die Rechtsextremisten nicht eingeladen, in seiner Ansprache erklärte er aber: „Jeder darf hier Kränze oder Blumen ablegen.“ (junge Welt, 20. November 2006, taz Berlin, 20. November 2006).

In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete der Oberstleutnant a. D. A. B. den Tod von Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz als „Heldentod“; auch diesen gelte es am Volkstrauertag zu feiern. Die

Vokabel des „Heldentodes“ kehrte regelmäßig in den Berichten des Oberkommandos der Wehrmacht wieder und gehörte zum Standardrepertoire nationalsozialistischer Kriegsverherrlichung und Durchhaltepropaganda.

Im Anschluss an diese Ansprache rief ein weiterer Vertreter des Reservistenverbandes (Herr B.) die militärischen Traditionsgemeinschaften und weitere Organisationen auf, die sich am Gedenken beteiligten. Dabei nannte er unter anderem die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und die Hilfgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG). Gegenüber den Fragestellern rechtfertigte Oberstleutnant a. D. A. B. die Würdigung der SS-Veteranen mit den Worten, die Bundeswehr sei schließlich auch von mehreren hundert Waffen-SS-Mitgliedern aufgebaut worden.

Eine derartige Einbindung rechtsextremistischer Vereinigungen, zu denen die Bundeswehr

ein Kontaktverbot erklärt hat, steht nach Meinung der Fragesteller im Gegensatz zu den Erfordernissen einer glaubwürdigen Abgrenzung von Faschismus und Neofaschismus. Da auch uniformierte Soldaten anwesend waren und nach den Ausführungen des Herrn B. auch das Standortkommando Berlin der Bundeswehr in die Durchführung der Veranstaltung eingebunden war, ist hier eine politische Klarstellung unbedingt geboten. Veranstaltungen wie diese sind symptomatisch für

die wachsende Akzeptanz rechtsextremistischer Positionen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Es ist nicht zu erkennen, inwiefern die Duldung und Begrüßung von Rechtsextremisten im Rahmen des Volkstrauertages für die Aufgaben des VdRDBw erforderlich sein sollten. Zu diesen Aufgaben gehört es, Reservisten „zu betreuen, sie als Mittler zwischen Bundeswehr und zivilem Umfeld zu gewinnen



und sie für die Wahrnehmung ihrer Mittlertätigkeit weiterzubilden“. Zu diesem Zweck erhält der VdRDBw finanzielle Zuwendungen durch die Bundesregierung, im Jahr 2005 beispielsweise 13,8 Mio. Euro.

Wenn der VdRDBw sich nicht eindeutig von Rechtsextremisten distanziert, stellt sich die Frage, ob seine Förderung aus Bundesmitteln weiterhin gerechtfertigt ist.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Begrüßung von Organisationen wie der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und der HIAG durch den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRDBw), insbesondere vor dem Hintergrund der rechtsextremistischen Vorfälle in der Bundeswehr und der notwendigen historischen Sensibilisierung von Soldaten?

Veranstalter der am 19. November 2006 auf dem Berliner Garnisonsfriedhof „Am Columbiadamm“ war nicht die Bundeswehr oder der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. Veranstalter war, wie jedes Jahr, die selbständige Vereinigung „RING DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE BERLIN e. V.“, die nicht dem Beirat Freiwillige Reservistenarbeit beim Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. angehört.

Die Bundeswehr (Standortkommando Berlin) unterstützt seit mehreren Jahren die Gedenkfeier zum Volkstrauertag auf Einla-

dung des Veranstalters durch die Abstellung eines Trompeters und durch Betreuung der ausländischen Militärattachés.

Nach dem Ende des offiziellen Festaktes mit Kranzniederlegungen durch den VdRDBw und den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge gedachten der Vertreter der Bundeswehr und der stellvertretende Landesvorsitzende des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. Berlin auf einem

gemein- samen Rundgang mit den ausländischen Militärattachés der Gefallenen ihrer Nationen. Dazu spielte der Trompeter jeweils die nationalen Totensignale der betreffenden Staaten.

2. Ist es für die Zwecke, Reservisten zu betreuen, sie als Mittler zwischen Bundeswehr und zivilem Umfeld zu gewinnen und sie für die Wahrnehmung ihrer Mittlertätigkeit weiterzubilden, erforderlich, die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und die HIAG an der Durchführung einer Veranstaltung zum Volkstrauertag zu beteiligen, und wenn ja, warum?



Nein. Die genannten Organisationen wurden nicht vom Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. beteiligt. Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen.

3. Ist es für die Reservistenarbeit der BW erforderlich, auch NPD- und DVU- Vertretern den Zutritt zu den Volkstrauertagsfeierlichkeiten zu gewähren und sie dort Kränze ablegen zu lassen, und wenn ja, warum?

Nein. Der Berliner Garnisonsfriedhof „Am Columbiadamm“ ist aber ein für jedermann zugänglicher öffentlicher Friedhof. Kränze oder Gebinde rechtsextremistischer Parteien oder Organisationen wurden nach hiesigen Erkenntnissen nicht während der offiziellen Gedenkfeier abgelegt.

4. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass Kränze rechtsextremistischer Vereinigungen wie der NPD, der DVU und des „Stahlhelms“ sowie einiger Gliederungen des Bundes der Vertriebenen, des Bundes Deutscher Fall-

schirmjäger sowie des Deutschen Marinebundes unmittelbar neben Kränzen des VdRDBw platziert wurden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die letztgenannten Organisationen allesamt staatliche Zu- wendungen erhalten?

Auf die Antwort zur Frage 3 wird verwiesen.

5. Wie bewertet die Bundesregierung, dass Oberstleutnant a. D. A. B. vom Reservistenverband Berlin sich nur in Pressegesprächen, aber nicht in sei- ner Ansprache von den Rechtsextremisten distanziert hat, sondern in der Ansprache ausführte, jeder dürfe Blumen oder Kränze ablegen?

Oberstleutnant d. R. A. B. hat seine Ansprache als Vizepräsident des RINGS DEUTSCHER SOLDATEN- VERBÄNDE BERLIN e. V. und Veranstalter gehalten. Auf die Antwort zur Frage 3 wird verwiesen.

6. Gab es über die Bereitstellung eines Trompeters durch das Standortkommando Berlin (Angaben des VdRDBw gegenüber den Fragestellern) weitere Formen, in denen die Bundeswehr an Planung und Durchführung der Veranstaltung auf dem Garnisonsfriedhof beteiligt war, und wenn ja, welche?

Nein. Auf die Antwort zur Frage 1 wird verwiesen.

7. Hält die Bundesregierung die Beteiligung der Bundeswehr an Veranstaltungen, an denen Vertreter rechtsextremistischer Organisationen teilnehmen und die rechtsextremistische HIAG sowie die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger begrüßt werden, für angemessen, und wenn ja, warum?

Nein. Auf die Antwort zur Frage 8 wird verwiesen.

8. Hält die Bundesregierung die Teilnahme von Soldaten in Uniform an Veranstaltungen, an denen auch Rechtsextremisten teilnehmen und Organisationen wie die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger und die HIAG begrüßt werden, für angebracht?

Im Hinblick auf eine zufällige und von Seiten der Bundeswehr keinesfalls beabsichtigte Teilnahme von Vertretern der angesprochenen Organisationen ist nicht auszuschließen, dass an Veranstaltungen, wie z. B. dem Volkstrauertag, auch Vertreter dieser Organisationen am Veranstaltungsort erscheinen. Im Einzelfall wird immer dann ein Teilnahmeverzicht seitens der Bundeswehr in Betracht zu ziehen sein, wenn Vertreter der angesprochenen Organisationen und von ihnen beabsichtigte Aktionen oder Agitationen vor oder während der offiziellen Veranstaltung erkannt werden.

9. Falls Frage 8 mit Nein beantwortet wird: Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf Soldaten dahin gehend einzuwirken, dass sie künftig nicht mehr oder zumindest nicht in Uniform an einer solchen Veranstaltung, wie sie am 19. November 2006 in Berlin stattfand, teilnehmen?

Auf die Antwort zur Frage 8 wird verwiesen.

10. Wird die Bundesregierung auf den VdRDBw dahin gehend einwirken, dass dieser künftig eine klare Distanzierung von NPD, DVU, Kameradschaften, Ordensgemeinschaft und HIAG vornimmt, und wenn ja, welche Maßnahmen sind beabsichtigt, und gehören dazu

auch die Kürzung oder Streichung finanzieller Zuwendungen?

Die Bundesregierung sieht hierzu keine Veranlassung. Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. ist nach Artikel 2 Satz 2 seiner Satzung unabhängig und überparteilich. Seine satzungsgemäßen Ziele entsprechen den Aufträgen an den Verband. Über den Beirat Freiwillige Reservistenarbeit beim Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. werden alle Mitgliedsverbände regelmäßig sowie zusätzlich anlassbezogen zur Distanzierung von extremistischen Organisationen aufgefordert.

11. Welchen Betrag hat der VdRDBw für die Veranstaltung auf dem Garnisonsfriedhof ausgegeben, und wie hoch war dabei der vom Bund geförderte Anteil?

Für die Veranstaltung wurden seitens des Verbandes der Reser-

visten der Deutschen Bundeswehr e. V. und seiner Untergliederungen weder Mittel aus Zuwendungen des Bundes noch Eigenmittel des Verbandes mittelbar oder unmittelbar eingesetzt. Der Kranz wurde durch Spenden finanziert.

12. Hat und nutzt die Bundesregierung Möglichkeiten, die Verwendung der Fördermittel durch den VdRDBw zu kontrollieren, und wenn nicht, wird sie die Förderung einstellen, um zu verhindern, dass mit staatlicher Förderung das Kontaktverbot zu Organisationen wie Ordensgemeinschaft und HIAG umgangen sowie diesen Organisationen zu einer nicht verdienten Würdigung verholfen wird?

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. wird kontinuierlich durch das Bundesministerium der Verteidigung, das Streitkräfteamt und durch den Bundesrechnungshof hinsichtlich der



Verwendung seiner Zuwendungsmittel überprüft und kontrolliert. Nach hiesiger Kenntnis hat der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. bei allen Veranstaltungen, insbesondere seitens der im Beirat Freiwillige Reservistenarbeit vertretenen Vereinigungen, stets das ministerielle Kontaktverbot zu den genannten Organisationen berücksichtigt.

13. Wird die Bundesregierung auf den Bund Deutscher Fallschirmjäger und den Deutschen Marinebund einwirken, sich künftig nicht an Veranstaltungen zu beteiligen, an denen Vertreter rechtsextremistischer Organisationen willkommen sind?

Die beiden genannten Vereinigungen sind Mitglieder im Beirat Freiwillige Reservistenarbeit, aber vereinsrechtlich eigenständige Organisationen. In diesem Zusammenhang wird auf die Antworten zu den Fragen 10 und 12 verwiesen. Sollten Kontaktverbote von Mitgliedern im Beirat Freiwillige Reservistenarbeit vorsätzlich unterlaufen werden, wird der Beirat Freiwillige Reservistenarbeit informiert, um ggf. erforderliche Maßnahmen ergreifen zu können.

14. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Fragesteller, die Rede vom „Heldentod“ sei unangebracht und könne geeignet sein, den Auffassungen der Rechtsextremisten zuzuarbeiten, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung der Fragesteller, dass allein durch den unzeitgemäßen Gebrauch des Begriffs „Heldentod“ Rechtsextremisten zugearbeitet werde.

Die Begriffe „Held“ und „Heldentod“ sind insgesamt nur schwer einzugrenzen und werden in der

Literatur sowie im Verständnis der Menschen inhaltlich höchst unterschiedlich gefüllt.



Der Begriff „Held“ hat im 19. und 20. Jahrhundert einen Bedeutungswandel erfahren. Durch die propagandistische Vereinnahmung des Begriffs während des Zweiten Weltkriegs wurde der „Heldentod“ dann endgültig für die deutsche Nachkriegsgesellschaft desavouiert. International spielt er dagegen weiterhin eine Rolle.

Im Sprachgebrauch der Bundeswehr ist der Begriff „Heldentod“ nicht verankert. Vielmehr hat sich die Begrifflichkeit von tapferen, aufopferungsvollen, vorbildlichen und traditionswürdigen Soldatinnen und Soldaten herausgebildet.

Anstand und Sitte gebieten es aber, der Soldatinnen und Soldaten der Bundesrepublik Deutschland, die im Auftrag des Parlaments in Einsätzen im Rahmen internationaler Krisen- und Konfliktbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sowie in Einsätzen zur Hilfeleistung bei schweren Unglücksfällen und Katastrophen im In- und Ausland ihr Leben gelassen haben, durch das Parlament und die Bürger ausdrück-

lich und ehrenvoll zu gedenken. Hierfür bietet u. a. das Gedenken am Volkstrauertag einen angemessenen Rahmen.

15. Welche Auswirkungen auf Traditionsbewusstsein und Geschichtsbild von Reservisten und Soldaten erwartet die Bundesregierung, wenn der VdRDBw im Rahmen seiner Reservistenarbeit den Tod von Bundeswehrsoldaten als „Heldentod“ bezeichnet, und welche Konsequenzen zieht sie daraus hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem VdRDBw?

Der genannte Begriff wurde vom Vizepräsidenten des RINGS DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE BERLIN e. V. gebraucht. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 14 verwiesen.

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung, die der Ablauf des Volkstrauertages in Berlin im Ausland hat?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

17. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, die beschriebene Haltung des VdRDBw gegenüber rechtsextremistischen Organisationen sei geeignet, die

anwesenden Vertreter alliierter Delegationen abzustoßen und deren Trauer zu stören?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 16 wird verwiesen.

18. An welchen anderen Orten haben im Zusammenhang mit dem Volkstrauertag 2006 Veranstaltungen stattgefunden, an denen Vertreter der Bundeswehr bzw. des VdRDBw teilgenommen und rechts-extremistische Organisationen wie insbesondere die Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger sowie die HIAG begrüßt haben?

Anträgen auf Beteiligung der Bundeswehr bei offiziellen öffentlichen Veranstaltungen zu Totenehrungen

(i. d. R. am Volkstrauertag) wird nach Möglichkeit entsprochen. Vertreter der Bundeswehr haben daher an vielen Veranstaltungen zum Volkstrauertag teilgenommen. Hierüber wird jedoch keine Statistik geführt. Der Bundesregierung sind keine weiteren Veranstaltungen zum Volkstrauertag 2006 bekannt, bei denen extremistische Organisationen begrüßt worden wären.

19. An welchen anderen Orten waren bei Veranstaltungen zum Volkstrauertag 2006 neben Vertretern rechtsextremistischer Organisationen auch Vertreter der Bundeswehr bzw. des VdRDBw anwesend?

An der Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag 2006 mit einer Bun-

deswehrdelegation auf dem öffentlich zugänglichen Soldatenfriedhof am alten Lazarett HÖRSTEN auf dem Truppenübungsplatz Bergen versuchten ca. 30 Personen unter Führung eines NPD-Funktionärs teilzunehmen. Dieser Versuch wurde in Zusammenarbeit mit der Polizei unterbunden. Zu offiziellen Gedenkfeiern zum Volkstrauertag 2006, an denen die Bundeswehr und/oder der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V. beteiligt waren, liegen keine weiteren Informationen über Versuche zur Teilnahme extremistischer Organisationen vor.



„Ich erwarte von meiner Truppe Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS“

(Brigadegeneral a. D. Reinhard Günzel, 1995)

Der folgende Text ist ein Auszug aus einer kleinen Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen, Heike Hänsel und Inge Höger der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Verbrecherische Wehrmachtsdivision als mögliche Traditionsgeberin für das Kommando Spezialkräfte (KSK) und die GSG 9“.

Aus der Vorbemerkung der FragestellerInnen:

KSK-Kommandeur Reinhard Günzel wurde 2003 wegen einer Solidaritätsadresse an Martin Hohmann entlassen, der „die Juden“ als „Tätervolk“ bezeichnet hatte und aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ausgeschlossen worden war.

Im rechtsextremen Verlag Pour le Mérite ist im vergangenen Jahr das Buch *Geheime Krieger. Drei deutsche Kommandoverbände im Bild* erschienen. Autoren sind ehemalige Kommandeure deutscher Sondereinheiten aus Militär und Polizei: General a. D. Reinhard Günzel (Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr), Oberstleutnant a. D. Wilhelm Walther (*Division Brandenburg* der Wehrmacht) und General a. D. Ulrich K. Wegener (GSG 9 des damaligen Bundesgrenzschutzes).

Die Autoren Reinhard Günzel und Ulrich K. Wegener bezeichnen in dem Band die *Division Brandenburg*

als traditionsstiftend für die von ihnen angeführten Spezialeinheiten. So schreibt Reinhard Günzel: „Die Kommandosoldaten des KSK wissen genau, wo ihre Wurzeln liegen. Die Einsätze der ›Brandenburger‹ [...] gelten der Truppe geradezu als legendär“. Anlässlich der Verleihung des Kommandoabzeichens im Jahr 2001 verglich Reinhard Günzel, so seine Ausführungen in dem Band, dieses Abzeichen mit dem Ritterkreuz und die KSK-Angehörigen mit Soldaten der faschistischen Streitkräfte: „Denn so, wie auch das Ritterkreuz nur aufgrund der beispiellosen Leistungen unserer Väter von einem schlichten Stückchen Blech zu einem weltweit höchstgeachteten Symbol geworden ist, so liegt es bei den Männern des KSK, welches Ansehen mit diesem Abzeichen verbunden werden wird“. Dass „beispiellos“ an der Wehrmacht und Waffen-SS vor allem die von ihnen verübten Verbrechen waren, erwähnte der Kommandeur des KSK nicht.

Ulrich K. Wegener, der in den 1970er Jahren Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 war, beruft sich ebenfalls auf das Vorbild der *Division Brandenburg*. Vor allem von deren „Kameradschaft und Korpsgeist“ zeigt sich Ulrich K. Wegener beeindruckt, der im Übrigen die „unkonventionelle“ Vorgehensweise, die „Raffinesse“ und die „Fähig-

keit zur Gegnertäuschung“ bei der Wehrmachtseinheit hervorhebt.

Die *Division Brandenburg* war eine dem Amt Abwehr unterstellte terroristische Sondereinheit der Wehrmacht, spezialisiert auf Kommandoeinsätze. Sie war nach Erkenntnissen des Historikers Hannes Heer zusammen mit dem ukrainischen Nationalistenbataillon *Nachtigall* am Massaker in Lwów [Lemberg] im Juni 1941 beteiligt. Die Angehörigen der Division kämpften häufig in den Uniformen der feindlichen Streitkräfte, um diese zu täuschen. Oberstleutnant a. D. Wilhelm Walther, der ab 1943 ein Regiment der *Division Brandenburg* kommandierte, spricht in seinem Beitrag in dem Band vom „handstreichartig geführten Kampf hinter den feindlichen Linien“. Die Kampfweise sei „von den Elementen List und Tücke geprägt“ gewesen.

Die Wortwahl des Oberstleutnant a. D. lässt kaum einen Zweifel daran, dass er auch heute noch Stolz auf die von ihm angeleitete verbrecherische Einheit empfindet. Er lobt die „idealistische und vaterländische Einstellung“ der Angehörigen der Division, die „mit ihren speziellen Kenntnissen ihrer Heimat im Kampf beistehen“ wollten. Ausdrücklich räumt Wilhelm Walther ein, dass „die meisten unserer Einsätze nicht von dem damaligen Kriegsvöl-



kerrecht gedeckt [waren], da nach diesem das Tragen der gegnerischen Uniform geächtet war“.

Dass es Gemeinsamkeiten zwischen der *Division Brandenburg* und dem KSK gibt, scheint nicht nur der Phantasie des Generals a. D. Reinhard Günzel zu entspringen. Bedenklich muss einen schon stimmen, dass die KSK-Angehörigen sich nicht dagegen verwahren, ihr Abzeichen in eine Reihe mit Auszeichnungen der faschistischen Wehrmacht zu bringen, wie es General a. D. Reinhard Günzel gemacht hat. Die Kommandooperationen des KSK laufen ebenso konspirativ und geheim ab wie diejenigen der *Division Brandenburg*. Noch nicht einmal der Deutsche Bundestag wird unterrichtet. Ob sich die KSK-Soldaten wenigstens an das Völkerrecht halten, kann daher nicht überprüft werden. Berichte über die Beteiligung des

KSK an der Bewachung und Inhaftierung des Murat Kurnaz in einem illegalen US-Gefängnis in Afghanistan sind geeignet, erhebliche Skepsis zu erzeugen. Bekannt ist auch, dass KSK-Soldaten Jeeps mit Symbolen bemalt haben, die der Wehrmacht entliehen sind. Es scheint daher nicht ausgeschlossen, dass General a. D. Reinhard Günzel Recht hat, wenn er zusammenfasst: „Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert“.

Die vollständige Anfrage sowie die gesamte Antwort der Bundesregierung sind als Bundestagsdrucksachen erschienen, die Anfrage als BT-DS 16/5082, die Antwort als BT-DS 16/5380. Für die vollständigen Texte siehe auch: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Bundeswehr/tradition2.html> (Stand: Sept. 07)

Eine Frage des Standorts

Die Bundeswehr braucht ein „Ehrenmal“ zur Stärkung der Kampfmoral.

Bei der Bundeswehr werden zunehmend „interessante und sichere Arbeitsplätze“ (O-Ton Bundeswehr) frei, weil Soldaten ihre Heimreise im Zinksarg antreten. Das Verteidigungsministerium möchte nun auch die Leichen für die vaterländische Sache instrumentalisieren und ihnen ein „Ehrenmal“ widmen.

69 deutsche Soldaten sind seit Beginn der Auslandseinsätze ums Leben gekommen. Und es werden bald noch viel mehr sein, dafür sorgt schon die gültige Militärdoktrin: Das Weißbuch der Bundeswehr will bis zum Jahr 2010 die Auslandskontingente massiv aufstocken. 30.000 Frau und Mann sollen dann sogenannten „Einsatzkräften“ angehören, mit Schwerpunkt auf Kampfführung. Weitere 75.000 Soldaten werden als „Stabilisierungskräfte“ für weniger harte Gefechte und Besatzungsaufgaben ausgebildet. Grob gerechnet wird sich verglichen mit dem heutigen Stand die Zahl der Soldaten, die gleichzeitig im Ausland eingesetzt werden können, verdoppeln. Als Einsatzgebiet gilt die ganze Welt, geographische Begrenzungen sieht das „Weißbuch“ nicht vor. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass sich das die Leute in den betroffenen Ländern widerstandslos gefallen lassen.

Da kann man sich natürlich Sorgen machen. Eltern, deren Nachwuchs am Hindukusch dahinscheidet, Schwestern, Freunde, nicht zuletzt die Soldaten selbst könnten sich die Frage stellen, ob die Auslandszulage es wert ist, als Leiche zurückzukommen.

Stärkung der Kampfmoral

Solche Fragen soll das geplante „Ehrenmal der Bundeswehr“ klar bejahen. „Wer für die Bundeswehr - im Inland oder Ausland - und damit für unsere Sicherheit, den Frieden und die Freiheit sein Leben gelassen hat, dem schulden wir ein würdiges Gedenken in Form eines Ehrenmals“, meint Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) (Süddeutsche Zeitung, 24. 3. 06). Das „Ehrenmal“ soll den Soldatentod als zugleich ehrenhaften und sinnvollen Tod würdigen. Warum das so wichtig ist, erklärt ein Bundeswehrpsychologe: „Ohne eine öffentliche Ehrung und ein öffentliches Bekenntnis würden die Sinnhaftigkeit und damit auch die Akzeptanz solcher Missionen ... in Frage gestellt.“ Es „drohen die Motivationen der Soldaten, aber auch der Zusammenhang zwischen Bundeswehr und Bevölkerung verloren zu gehen“. (ddp-Meldung vom 2. 1. 06) Es geht also, kurz gesagt, darum, die Moral von Truppe und Heimatfront zu hätscheln, weil das unerlässlich dafür ist, auch weiterhin Kriege führen zu können.

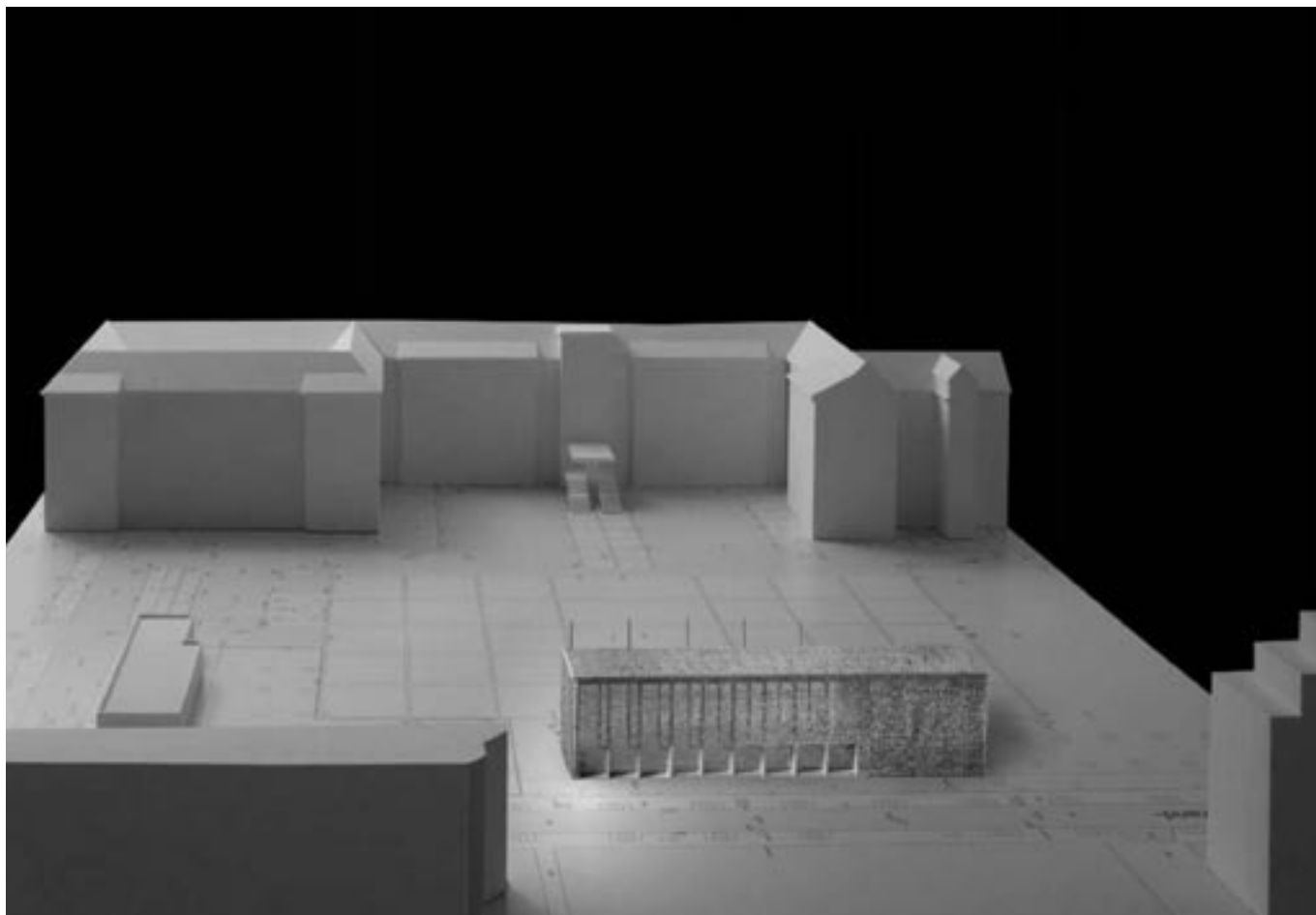
Blechkasten

Im Mai 2007 hat Kriegsminister Jung seinen Entwurf präsentiert. Das „Ehrenmal“ soll bis Mitte 2008 auf dem Gelände des Bendlerblocks entstehen, wo die Berliner Außenstelle des Verteidigungsministeriums untergebracht ist. Es soll acht Meter breit, 41 Meter lang und 10 Meter hoch sein, mit der Inschrift: „Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit.“ Der

Entwurf kündigt einen „Stahlbetonrahmen mit einer filigran durchbrochenen Bronzehaut“ an, die höchst symbolisch ist: Sie besteht aus „Formen von halben Erkennungsmarken, die jeder Soldat im Einsatz trägt und deren Teilung für den Tod steht.“ Unterteilt ist das Rechteck in einen „hallenartigen, transluzenten und der Witterung ausgesetzten Raum“ und eine Art Dunkelkammer: Eine „Cella“ als „Ort des Rückzugs und der Stille“. In dieser geschlossenen Abteilung steht ein schwarzer Steinklotz zum Kränze und Blumen ablegen. Der Blechkasten soll nicht nur den bisherigen und kommenden „Helden“ gewidmet sein, sondern „allen Angehörigen der Bundeswehr, die im Dienst seit 1955 ihr Leben verloren haben“, und das waren bislang 2600. Die allermeisten von ihnen sind nicht im Kampf „gefallen“, sondern betrunken Panzer gefahren, aus Versehen von den eigenen Leuten erschossen worden usw., aber geehrt werden sollen sie unterschiedslos.

Vaterländische Debatte

Die Reaktionen auf den Entwurf sind zwar überwiegend kritisch, aber nur, was die Details angeht. Parteien, Soldatenverbände und Medien debattieren nicht das „Ob“, sondern nur das „Wie“ und „Wo“ des Ehrenmals. „Richtiges Ehrenmal am falschen Platz“, titelte etwa die Reservistenzeitschrift „loyal“ (Juli 07). Auch dem Bundeswehrverband ist der Standort im Bendlerblock zu abgelegen. Auch wenn der Jung-Entwurf ankündigt, von der Hildebrandtstraße aus einen



Süß ist's und ehrenvoll, fürs Vaterland zu sterben – was für ein Blech!

öffentlichen Zugang zu schaffen: Das Gedenken gehöre in die „Mitte unserer Gesellschaft“, und zwar neben den Bundestag. Das finden auch Parlamentarier aus allen Parteien. Schließlich sei die Bundeswehr eine Parlamentsarmee, argumentiert etwa der FDP-Politiker Rainer Stinner. „Die Parlamentarier sollten an ihre Verantwortung erinnert werden.“ Winfried Nachtwei von den Grünen stimmt zu: „Mit der Randlage wird die Öffentlichkeit nicht erreicht. Das Ehrenmal gehört in unmittelbare

Nähe des Reichstages“ (Die Bundeswehr, 3/07). Außerdem möchten die Grünen, dass das Ehrenmal auch noch den im Ausland verstorbenen „Entwicklungshelfern, Diplomaten und Polizisten gelten“ solle. Ähnliche Forderungen gibt es in der SPD. Da will auch die Linksfraktion nicht abseits stehen: Gegen Widerspruch von neun Abgeordneten des linken Flügels fordert die Fraktionsmehrheit in einem Antrag ein „Mahnmal“, das sowohl den toten

deutschen Soldaten als auch den von ihnen Getöteten gewidmet sein solle.

Die unterschiedslose Ehrung von Tätern wie Opfern hat im neuen Deutschland bekanntlich Konjunktur. So ist eine höchst vaterländische Debatte entstanden, in der bislang die linksradikalen Störmanöver fehlen.

Frank Brendle

Interview zur gedenkpolitischen Recherchekundgebung am Columbiadamm 2006

Interview vom 07.12.2006 mit Britta Clausen und Martje Reimers vom *Gedenkpolitischen Recherche-Team*, einem linken Berliner Zusammenschluss, der sich in diesem Jahr erstmals mit dem revisionistischen Treiben am Columbiadamm in Berlin-Neukölln befasste und dagegen eine Kundgebung organisierte.

Frage: Ihr habt dieses Jahr eine Kundgebung am so genannten Volkstrauertag am Neuen Garnisonsfriedhof am Columbiadamm in Neukölln organisiert. Worum ging es dabei?

Britta Clausen: Dort treffen sich seit Jahren ungestört, von Kommentaren auf der Friedhofsmauer abgesehen, Gruppen aus dem rechtsextremen bis rechtskonservativen Spektrum: Reservistenverbände der Bundeswehr, Veteranenverbände der Wehrmacht, bis hin zum klassischen rechtsextremen Spektrum wie der Parteien *DVU*, *Republikaner* und *NPD*. Dazu kommen Burschenschaftler und Mitglieder rechtsextremer Kameradschaften. Sie versammeln sich dort anlässlich des „Volkstrauertags“, um dort ein so genanntes „Heldengedenken“ zu veranstalten. Der Veranstaltungsrahmen ist ein Gottesdienst, was darauf hindeutet, dass es offenbar VertreterInnen von Berliner Kirchen gibt, die sich für eine solche Veranstaltung engagieren.

Wie verläuft das rechte Gedenken?

Britta Clausen: Zuerst gibt es ein individuelles Gedenken, bei dem

vor dem Gottesdienst Leute auf dem Friedhof unterwegs sind und persönlich Kränze ablegen. Danach wird der Gottesdienst mit einer feierlichen Ansprache abgehalten. Zuletzt huldigen die Anwesenden dem deutschen Militarismus mit einer Marschformation und Fahnen der verschiedenen Verbände sowie einer gemeinsamen Kranzniederlegung.

Was ist aus eurer Perspektive das Problem solcher revisionistischen Veranstaltungen?

Martje Reimers: Sie zeigen die Kontinuität, in der so genannter „Opfer“ aus den Reihen der Wehrmacht gedacht wird. Das heißt, NS-Täter werden unverhohlen und offen geehrt. Obwohl dieser Friedhof in der Berliner Innenstadt liegt, gab es dafür bisher keine Gegenöffentlichkeit. Inhaltlich lehnt sich dieses Gedenken an die Volksgemeinschafts-Ideologie des Nationalsozialismus an. Das wird unter anderem durch ein Friedhofsdenkmal deutlich, auf dem steht: „Wir starben, auf das Deutschland lebe.“

Britta Clausen: Die Teilnahme der Bundeswehr verdeutlicht außerdem, dass an diesem Ort eine ganz bestimmte Form der Traditionspflege betrieben wird. Das spiegelt sich auch in den verschiedenen Denkmälern wieder: einige verharmlosen deutsche Kolonialkriege, Gedenkplatten erinnern an die Gefallenen der deutschen Wehrmacht. Allein schon daran lässt sich der Kontext von 200 Jahren deutschen Nationalismus und Militarismus

erkennen. Dies, so denken wir, muss angegriffen und problematisiert werden.

Zudem finde ich die Vorstellung einer Veranstaltung mit gesellschaftlich marginaler Bedeutung fragwürdig, insbesondere wenn man sich anschaut, wie in der deutschen Gesellschaft Nationalsozialismus thematisiert wird. Es setzt sich nämlich mehr und mehr ein Opferdiskurs durch, dem zufolge die Deutschen die „wahren Opfer“ sein sollen. Es stellt sich also die Frage, ob diese Denkweise nicht schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und somit nicht mehr „nur“ einen gesellschaftlichen Rand darstellt.

Auf jeden Fall ist die Veranstaltung am Columbiadamm ein markanter Ort, an dem diese Problematik deutlich wird.

Ihr sprecht von der Mitte der Gesellschaft. Lässt sich so eine Analyse auch aus den beteiligten Gruppen ablesen?

Britta Clausen: Ja. Große Traditionsverbände wie der *Verband der Deutschen Soldaten (VDS)* beteiligen sich an der Ausrichtung der Veranstaltung. Also Verbände, die sich unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet haben und quasi eine Art Auffangbecken für Wehrmachtsveteranen darstellen. Diese Organisationen pflegen auch offen Kontakte zu Mitgliedern der Waffen-SS und deren Veteranenorganisation, der *HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehema-*

ligen Angehörigen der Waffen-SS). Damit hat der VDS kein Problem und die Teilnahme von ehemaligen SS-Mitgliedern scheint für sie kein Hindernis zu sein. Weitere Gruppen, die auch beim „Gedenken“ am Columbiadamm mitmischen, sind der *Orden der Ritterkreuzträger* und der *Deutsche Stahlhelm*.

Zu Eurer Kundgebung kamen etwa 100 Leute. Seht ihr das als Erfolg?

Martje Reimers: Für den Anfang ja! 100 Leute, die recherchierten, was dort passiert und wer dahin kommt... Bisher gibt es zu dieser „Gedenkveranstaltung“ sehr wenig Material und Aussagen, da sich in den Vorjahren nur Einzelpersonen mit dem Thema beschäftigt haben. Wir konnten den Fundus erweitern und es muss auf jeden Fall eine Fortsetzung geben.

Aus den Randgesprächen am Friedhof wurde deutlich, dass sich die Beteiligten dort sichtlich durch unsere Kundgebung gestört bis teilweise bedroht fühlten. Außerdem wurden in diesem Jahr zum ersten Mal die Leute nur mit Einladung auf den Friedhof gelassen und mussten sich zudem registrieren.

Britta Clausen: Als Erfolg ist auf jeden Fall auch zu werten, dass die TeilnehmerInnen des „Heldengedenkens“ dort zum ersten Mal unmittelbar und auch physisch mit einem Nein konfrontiert wurden. Und dies durchaus von Angesicht zu Angesicht, sowohl vor, während als auch nach der Veranstaltung. Dadurch sollte klar geworden sein, dass das so nicht weiter stattfinden kann.

Wie hat sich die Polizei eurem Protest gegenüber verhalten?

Britta Clausen: Wie die Polizei vor Ort mit so einer Gegenveranstaltung umgeht, ist immer auch eine politische Entscheidung bzw. zeigt, in welches gesellschaftliche Klima Veranstaltungen eingebettet sind. Und ich finde, das hat die Berliner Polizei hier relativ klar gemacht: Einmal dadurch, dass versucht wurde, uns möglichst weit weg vom Ort des Geschehens zu positionieren. Obwohl es sich um eine angemeldete Gegenkundgebung handelte, wurde versucht zu verhindern, dass wir unserem Widerstand angemessenen Ausdruck verleihen konnten. Dazu kommt, dass es im Vorfeld und während der Veranstaltung zu zwei Festnahmen kam. Dadurch hat die Polizei deutlich gemacht, auf welcher Seite sie hierbei steht und welche Veranstaltung sie für schützenswert hält. Viele Entscheidungen werden dabei von einzelnen Polizeibeamten vor Ort gefällt. Den Rahmen dazu bieten Vorentschei-



dungen in der Verwaltung. Diese können in einen größeren Kontext gestellt werden.

Der Widerstand in Neukölln war in diesem Jahr nur ein Teil von linken Gegenaktivitäten gegen rechte Aufmärsche, ich denke dabei insbesondere an den noch größeren Neonaziaufmarsch in Seelow. Erschöpft sich linke Gedenkpolitik in bloßen Gegenaktionen?

Martje Reimers: Ich denke, dass es noch eine Menge anderer Möglichkeiten gibt. Beispielsweise ein Anknüpfen an das Gedenken der Opfer von Shoah und Massenmorden wie bei den jährlichen 9. November-Demos in Berlin/Moabit. Solche Gedenkfeiern setzen ein Zeichen, wessen wir gedenken wollen.

Britta Clausen: Ein großes Vorbild stellen für mich die Aktivitäten von Linken gegen das alljährliche Gebirgsjägertreffen (diese Division war an Verbrechen der Wehrmacht auf dem Balkan beteiligt) im bayerischen Mittenwald dar. Aus den Mittenwald-Erfahrungen ist überhaupt die Idee entstanden, eine Aktion zum Volkstrauertag auf die Beine zu stellen. Es tauchte die Frage auf, warum wir jedes Jahr nach Mittenwald fahren, wenn es doch auch eine ähnliche Veranstaltung von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen und rechtsextremen TraditionspflegernInnen in Berlin gibt. Und warum passiert da eigentlich nichts? Insofern ist es in diesem Jahr gelungen, Widerstand auch in Berlin öffentlich und laut zu artikulieren und damit die 50-jährige Ruhe, in der solche Veranstaltungen stattfinden konnten, zu beenden.

Was könnte linke Gedenkpolitik darüber hinaus leisten? Gibt es auch positive Traditionen, an die sich anknüpfen ließe? Welche anderen Schwerpunkte böten sich für linke Gedenkpolitik an?

Britta Clausen: Ich finde das schwierig und möchte erst mal generell sagen, dass ich nicht in eine Position geraten möchte, in der ich das „bessere Deutschland“ repräsentiere. Mir geht es bei solchen Aktionen vielmehr darum, den deutschen Zuständen eine Absage zu erteilen. Was ich mit deutschen Zuständen beschreibe, wird an verschiedenen Stellen deutlich: Das kann sein, dass über die deutschen Verbrechen eine besondere Verantwortung suggeriert wird, wie es die rot-grüne Bundesregierung getan hat. Das kann sein, dass wie im Fall Dresden argumentiert wird: mit einem klaren Diskurs, der die Deutschen als Opfer herausstellt und sich gegen das Vorgehen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg richtet. Und das kann sein, wie auf dem Columbiadamm, dass sich dort revisionistische Gruppe treffen, um angeblichen deutschen Helden zu gedenken und sie zu ehren.

Ein Problem ist aber sicherlich, dass in den letzten Jahren immer mehr Überlebende der Shoah und Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen sterben und damit deren Stimmen verstummen. Daraus erwächst für mich die Verantwortung, diese Erinnerung, die von diesem Menschen personifiziert wurde, weiter wach zuhalten. Daraus ergibt sich auch, den Opferdiskursen, die sich die deutsche Gesellschaft mittlerweile leisten will, immer wieder entgegnenzutreten.

Welche Möglichkeiten seht ihr, die Stimmen der Opfer des Nationalsozialismus aufrecht zu erhalten?

Martje Reimers: Es gibt viele kleine engagierte Projekte wie zum Beispiel *Tacheles Reden! e.V.*, die Kontakte zwischen Jugendlichen und Shoah-Überlebenden herstellen, Begegnungen filmisch oder digital festgehalten auf diese Art ZeitzeugInnenberichte vielen zugänglich machen und erhalten.

Wie bewertet ihr die Rolle, die die Bundeswehr dort spielt?

Martje Reimers: Das ist eigentlich nicht verwunderlich...

Gibt es nicht seit 2004 einen offiziellen Erlass des Verteidigungsministeriums, der uniformierte Soldaten verbietet, an Veranstaltung des Verbandes deutscher Soldaten teilzunehmen?

Britta Clausen: Das scheint für diesen Anlass nicht zu gelten. Dort waren 20 bis 30 Soldaten der Bundeswehr in Uniform. Und das ist schon Aussage genug! Das Abgeordnetenbüro von Ulla Jelpke bereitet hierzu eine kleine Anfrage im Bundestag vor, um das Verhältnis von Bundeswehr und Traditionsverbänden bis hin zu offen rechtsextremen Vereinigungen zu beleuchten. Die Teilnahme der Bundeswehr am Gedenken am Columbiadamm ist gesellschaftspolitisch ein Skandal. Hier böte es sich an, die Kritik anzusetzen und in dieses Netzwerk aus Bundeswehr, Reservistenverbänden und Rechtsextremen einen Keil zu treiben. Die Verantwortlichen im Verteidigungsministerium müssen erklären, wie die Teilnahme ihrer Untergebenen an Veranstaltungen, an der offen rechtsextreme Organisationen auftreten, mit den Zielen der bundesrepublikanischen Verfassung vereinbar sind.

Also das rechte Bündnis auseinanderdividieren?

Britta Clausen: In Mittenwald hat das funktioniert. Nach Protesten nahm die Bundeswehrkapelle nicht mehr an dem Treffen der ehemaligen Gebirgsjäger der Wehrmacht teil. Das hört sich zwar klein an, ist dennoch ernst zu nehmen, weil es den offiziellen Charakter solcher Veranstaltungen beschädigt.

Wie war das bei der Veranstaltung am Columbiadamm, wurden dort offen rechtsextreme Organisationen ausgeschlossen?

Martje Reimers: Wir konnten nicht beobachten, dass jemand ausgeschlossen wurde. Auch der teilnehmende *Volksbund der Kriegsgräberfürsorge* unterließ es, sich zu distanzieren. Im letzten Jahr wurde von dieser Seite gar beteuert, dass auch anwesende *NPD*-Mitglieder trauern sollten, wenn sie das wünschten.

Britta Clausen: In diesem Jahr distanzierte sich ein anwesender Oberst der Berliner Reservisten-sektion privat zwar von den offen rechtsextremen Organisationen, in seiner offiziellen Ansprache betonte

er jedoch, dass an diesem Ort jeder Kränze ablegen dürfe.

Wie soll der Protest weitergehen. Gibt es Bestrebungen die Aktivitäten in Halbe, Mittenwald und Neukölln zukünftig zu koordinieren?

Martje Reimers: Das wäre ein gutes Ziel. Es gibt zahlreiche denkwürdige Veranstaltungen, die es zu problematisieren gilt: Ich denke da an die Gedenkfeiern für den Jagdflieger Werner Mölders oder den Chef der Unterseeboote und letzten Reichspräsidenten Karl Dönitz.

Britta Clausen: Ich glaube leider, dass dies eher ein Wunsch ist. Konkret gibt es leider wenig dazu. Aber es gibt auf jeden Fall die Motivation, in Neukölln im nächsten Jahr wieder etwas zu machen und das Ganze

auf breitere Füße zu stellen. Zum einen möchten wir größere Organisationen wie den *VVN* einbinden. Zum anderen bietet sich schon auf lokaler Ebene ein Anknüpfungspunkt an: Im Bezirk Neukölln hat sich eine Initiative gegen die Anwesenheit von zwei Abgeordneten der *NPD* in der Bezirksverordnetenversammlung gebildet. Die wollen wir anfragen, ob sie sich am Widerstand gegen das revisionistische Gedenken zum so genannten Volkstrauertag beteiligen wollen.

Fragen: Martin Kröger



Gestapo-Gefängnis und KZ Columbia (1933-1936)

Unweit des Friedhofs Columbia-
damm, in etwa 500 Metern Luftlinie
Entfernung, befand sich zwischen
1933 und 1936 mitten in der Stadt
ein Ort des nationalsozialistischen
Terrors: Das so genannte Columbia-
Haus. Heute
ist die Ge-
schichte die-
ses Gestapo-
Gefängnis
und frühen
Konzentri-
onslagers fast
vergessen.

In dem
leerstehen-
den Gebäu-
dekomplex
welcher
ursprünglich
als Militär-
gefängnis
genutzt wur-
de, richtete
die Gestapo
1933 ein
Gefängnis
für politische
Gegner ein.
Die Zahl der
Häftlinge im
Columbia-
Haus wuchs
rasch: von 80
Männern im
Juli auf 400
im Septem-
ber 1933.

Ab Dezember 1934 bis zu seiner
Schließung wurde das Columbia-
Haus der Verantwortung der *Inspek-
tion der Konzentrationslager* (IKL)

überstellt. Von diesem Zeitpunkt
an wurde es von der SS unter dem
Namen „Konzentrationslager Co-
lumbia“ als einziges eigenständiges
Berliner KZ geführt.

Im Columbia-
Haus wurden
insgesamt etwa
10.000 politische
Gegner inhaftiert,
im Durchschnitt
befanden sich
etwa 450 Häftlinge
gleichzeitig in dem
Gefängnis. Bei
dieser Belegungs-
zahl waren die
156 Einzelzellen
ständig über-
füllt. Unter den
Häftlingen waren
Sozialdemokraten,
Kommunisten
und Angehörige
der Arbeiterbe-
wegung, seit 1935
auch viele Homo-
sexuelle.

Im März 1935
wurden zur Bewa-
chung des KZ Co-
lumbia insgesamt
55 SS-Männer
eingesetzt, die im
Wohngebäude des
Columbia-Hauses
untergebracht wa-
ren. Einen Monat

später stellte die neu aufgestellte SS-
Wachtruppe Oranienburg-Columbia
die Bewachung, die später in SS-
Wachverband V Brandenburg umbe-
nannt wurde. Viele Angehörige der

hier stationierten SS-Wachtruppen
nahmen später führende Funktionen
in anderen Konzentrationslagern
ein.

Im November 1936 wurde das
Gebäude wegen des geplanten
Flughafenbaus geschlossen und die
Häftlinge in das Konzentrationslager
Sachsenhausen verlegt, wo sie zu-
sammen mit Häftlingen aus dem KZ
Esterwegen zum Aufbau des Lagers
eingesetzt wurden. Die Baupläne
für das KZ Sachsenhausen waren
im Häftlingsbüro des KZ Columbia
ausgearbeitet worden. 1938 wurde
das Gebäude im Zusammenhang
mit dem Neubau des Flughafens
Tempelhof abgerissen.

Erst nach vier Jahrzehnten des
Vergessens wurde 1994 ein Denkmal
realisiert. Es liegt am Columbia-
damm Ecke Golfener Straße, dia-
gonal gegenüber dem historischen
Standort des Konzentrationslagers.
Das Denkmal trägt die Inschrift:

Erinnern
Gedenken
Mahnen

Das Columbia-Haus war ab 1933
Gefängnis und vom 8.1.1935 bis
5.11.1936 ein Konzentrationslager
der nationalsozialistischen Macht-
haber

hier wurden Menschen gefangenge-
halten
entwürdigt
gefoltert
gemordet.

**Erinnern
Gedenken
Mahnen**

**Das Columbia-Haus war
ab 1933 Gefängnis und
vom 8.1.1935 bis
5.11.1936 ein
Konzentrationslager der
nationalsozialistischen
Machthaber**

**hier wurden Menschen
gefangengehalten
entwürdigt
gefoltert
gemordet**

Bitte gib den Fragebogen am Lauti ab! Eine gemeinsame Auswertung findet am Ende der Kundgebung oder an anderer geeigneter Stelle statt.

Gedenkpolitischer Recherche-Fragebogen

Hier hast du die Möglichkeit, deine Beobachtungen, die du bei der „Helden“-Gedenkfeier auf dem Columbiadamm-Friedhof machst, aufzuschreiben.

Sollte der Platz nicht ausreichen, kannst du gern die Rückseite verwenden!

- 1. Wie viele Teilnehmer/innen hat die „Heldengedenkfeier“?**
- 2. Wie alt ist der/die jüngste Teilnehmer/in, wie alt der/die Älteste?**
Zeichne eine Altersverteilungskurve!
- 3. Wie ist es dabei um das Geschlechterverhältnis bestellt?**
- 4. Dackel oder Schäferhund?**
- 5. Gibt es internationale Gäste?**
- 6. Gibt es Abzeichen, Embleme oder andere Codes?**
Wenn ja, welche?
- 7. Schnurrbart oder Glatze?**
- 8. Siehst du bekannte Gesichter?**
Wenn ja, wen?
- 9. Werden Fahnen mitgeführt?**
Wenn ja, welche?
- 10. Welche Vereine/Verbände/Kameradschaften und Parteien legen Kränze nieder und wo?**
- 11. Eichenlaub oder Tannengrün?**
- 12. Welche Dienstgrade der Bundeswehr kannst du entdecken?**
- 13. Wer bekommt einen Preis für die schönste Uniform?**
- 14. Werden Lieder angestimmt?**
Wenn ja, welche?
- 15. Was erzählt der Pfarrer beim Gottesdienst?**
- 16. Hier ist Platz für eine Zeichnung des schauerlichsten Autoaufklebers:**

Vielen Dank für Deine Mitarbeit!

Umschlag 4 (siehe .psd-Datei)